Sonnabend, 28. Januar. 1865.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7¾ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Von Schleswig-Holstein und der deutschen Einheit.

Wir haben uns herzlich darüber gefreut, daß der König auch in seiner Thronrede unseren braven Soldaten „im Namen des Vaterlandes" für ihre „siegreiche Tapferkeit" gedankt hat. Er hat gesagt, daß ihre Thaten „sich der ruhmreichen Kriegsgeschichte Preußens würdig anreihen."

Diese Dankesworte sind vom ganzen Volke mit Freude nachgesprochen worden. Unsere Krieger haben sich in dem Kampfe für deutsch s Recht auf das Trefflichste bewährt. Die jungen Soldaten, die erst seit wenig Monaten in den Waffen geübt waren, haben ebenso wie ihre älteren Kameraden und wie die Männer von der Landwehr einen so hohen Grad von Muth, Ausdauer und Geschicklichkeit bewiesen, daß wir hoffen dürfen, auch in einem schwereren Kriege uns auf sie verlassen zu können. Sie werden das Vaterland, sie werden Haus und Herd auch dann mit dem rechten Erfol e zu vertheidigen wissen, wenn wieder einmal so mächtige Feinde gegen uns aufstehen sollten, wie einst Friedrich der Große, wie Blücher, York und Bülow sie besiegt haben. Sie haben sich nicht blos ein und das andere Mal tapfer geschlagen, wie Söldner es auch thun können; nein, sie haben immer und überall die unermüdliche Ausdauer und den freudigen Muth bewiesen, den nur Männer besitzen, welche wissen, daß sie für eine gute und gerechte Sache kämpfen.

Ja, es war eine gute, eine gerechte Sache, für welche so viele unserer Brüder bei Düppel und auf Alsen gefallen sind. Schleswig-Holstein gehört zu uns; es ist ein schöner und edler Theil unseres deutschen Vaterlandes. Die Dänen hatten nur zu lange in ihm geherrscht; sie wollten ihn jetzt für immer uns entreißen. Die Schleswig-Holsteiner sind Bein von unserem Bein, sind Fleisch von unserem Fleisch. Sie sind Deutsche wie wir, und denken und sprechen und beten zu Gott in derselben Sprache, wie wir. Diese Sprache wollte der Däne auf dem Markte, vor Gericht, in der Schule und selbst in der Kirche ihnen verbieten. Er hat sie in jeder Weise beschädigt und beschimpft und wollte mit allen, auch den schmachvollsten Mitteln sie für immer unter sein Joch bringen. Es ist schlimm genug, daß die deutschen Regierungen so schwerem Unrecht so lange geduldig zugesehen haben. Wir Preußen haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit gethan, als wir endlich zu den Waffen griffen. Aber jetzt, nach dem Siege, haben wir noch andere Pflichten zu erfüllen. Wir dürfen nicht erlauben, daß, wie einst der alte Blücher nach den schönsten und größten Siegen unseres Volkes klagen mußte, die Federfuchser wieder schlecht machen, was das Schwert gut gemacht hat. Es thut Noth, daß wir aufpassen; denn es giebt gewisse Leute, die erst gar nicht haben wollten, daß die Schleswig-Holsteiner von dem Joche der Dänen frei würden. Freilich konnten sie damit gegen die „tiefe Erregung des nationalen Gefühls", von welcher der König in der Thronrede spricht, und gegen die laute Stimme des Volkes nicht durchdringen, dafür arbeiten sie jetzt um so eifriger daran, das eben nur befreite Land unter ein anderes Joch, nämlich unter das ihrer guten Freunde, das heißt, unter das Joch der Junker zu bringen.

Ferner haben wir bei der Sache, für die unser Heer gestritten hat, nicht blos an Schleswig-Holstein, wir haben auch an Preußen und an ganz Deutschland gedacht, und wir müssen heute mehr als je daran denken. Wenn nämlich irgend ein Feind irgend einen Theil von Deutschland bedroht, mag er nun Schleswig oder Hannover, mag er Baden oder Bayern heißen, so ist Preußen selbst in der äußersten Gefahr. Wir haben das seit der Zeit des dreißigjährigen Krieges und zuletzt noch unter dem ersten Napoleon in der allerschlimmsten Weise erfahren, und wir können es alle Tage wieder erleben. Darum muß Preußen schon um seiner eigenen Sicherheit willen, nicht blos Schleswig-Holstein, sondern jedem der vielen kleinen Staaten in Deutschland mit seiner ganzen Kraft zu Hülfe kommen, wenn irgend ein Feind ihn beschädigt oder angreift. Das ist aber eine gar üble Lage für uns. Sehen wir zu, warum.

Natürlich beschweren wir uns nicht darüber, daß wir unseren Brüdern helfen müssen. Aber das können wir

doch auf die Länge nicht aushalten, daß die anderen deutschen Regierungen ganz ruhig zusehen, während wir für den einen und den andern dieser Staaten unser Geld ausgeben, unsern Handel und Verkehr uns stören lassen und unsere Jünglinge und Männer auf das Schlachtfeld führen. Sie sehen aber ruhig zu, theils weil sie auf uns neidisch und unter einander uneinig sind, theils weil sie denken: die Preußen können's auch allein machen, die sind reich und mächtig genug dazu. Wenn freilich das eben so große wie arme Oesterreich uns diesmal auch ein Armeekorps zur Hilfe geschickt hat, so war diese Unterstützung doch herzlich wenig noth. Wir meinen sogar, daß die Oesterreicher uns damit mehr haben hindern, als helfen wollen. Auch wissen wir, daß Italien und Ungarn, Galizien und Siebenbürgen, Kroatien und Dalmatien ihnen zehn Mal mehr am Herzen liegen, als Preußen und das übrige Deutschland. Sie würden sogar, wenn sie nur einen Vortheil dabei sähen, ganz gern auf Preußen losschlagen, wäre es auch im Bunde mit Russen oder Franzosen.

Indeß möchten wir uns das Alles vielleicht gefallen lassen, wenn wir nur wirklich so reich und mächtig wären, als die kleinen Regierungen sich einzubilden scheinen. Aber das sind wir ganz und gar nicht. Im Gegentheil, in einem wirklich großen Kriege können wir nur dann auf einen Sieg rechnen, wenn (natürlich abgesehen von Oesterreich) die übrigen deutschen Staaten treu und eifrig auf unserer Seite stehen. Das will auch das Volk in diesen Staaten, denn das Volk hat überall einen eben so deutschen Sinn und ein eben so deutsches Herz, wie wir Preußen. Auch weiß das Volk sehr gut, daß, wenn die preußischen Heere besiegt werden, nicht blos Preußen, sondern ganz Deutschland eben so wieder unter fremde Herrschaft kommen wird, wie die älteren Leute unter uns es ja schon ein Mal mit eigenen Augen gesehen haben. Aber die meisten von den kleinen Regierungen wissen nicht, was das Volk weiß, und wollen nicht, was das Volk will.

Wohl haben wir schon lange begriffen, was es für ein jämmerliches und gefährliches Ding ist, daß neben Preußen noch diese zwei und dreißig Regierungen in Deutschland bestehen, von denen jede ihren eigenen Kopf und ihren eigenen Willen hat. Aber niemals ist dieser Jammer und diese Gefahr deutlicher zu Tage getreten, als gerade in dem Jahre 1864. Die Erfahrungen, die wir da gemacht haben, fordern jeden ehrlichen Deutschen auf, endlich ernstlich Hand an's Werk zu legen. Die kleinen deutschen Regierungen dürfen den Wünschen und dem Willen des eigenen Volkes nicht länger Widerstand leisten. Sie müssen um des gesammten Vaterlandes willen dazu bewogen werden, zu einem deutschen Bundesstaate mit einem deutschen Parlamente unter der Führung des Königreichs Preußen zusammenzutreten. Nur dann liegt, wie es sein muß, Krieg und Frieden für ganz Deutschland in einer Hand, und alle Deutschen, und nicht die Preußen allein, müssen mit gleichen Kräften für die Sicherheit und die Unabhängigkeit des gesammten Vaterlandes einstehen. Dazu in den kleinen Staaten sich und kann allerdings nicht gezwungen werden, daß es sich mit uns verbinde, aber die Regierungen sollen es auch nicht länger daran hindern können. Wollen aber diese Regierungen nicht, nun, so brauchen wir sie auch nicht. Deutschland kann eben so gut wie Frankreich oder England einen einzigen Staat mit einer einzigen Regierung und mit einem einzigen Parlamente bilden.

Die preußische Regierung kann das durchsetzen, wenn sie nur will. Was im Jahre 1864 geschehen ist, giebt ihr die Macht dazu; allerdings aber unter einer Bedingung, und diese ist, daß sie als eine weise und gerechte Regierung sich erweist, indem sie die Verfassung und das Recht des Volkes in ihrem **ganzen** Umfang und ohne **jeden** Rückhalt durch ihre **Thaten** anerkennt.

Politische Wochenschau.

Preußen. Das Interesse des Volkes wird vorzugsweise von den Verhandlungen des Landtages in Anspruch genommen, von deren Ergebnissen ja die Beendigung oder die Fortdauer des schweren Konfliktes, der die Fortentwicklung unserer Zustände behindert, abhängt. Bei den Verhandlungen über den Erlaß einer Adresse an den König, welche durch die Anträge der ultramontanen und der feudalen Partei angeregt wurden, hat der Minister des Innern von Neuem hervorgehoben, daß eine Ausgleichung des Konfliktes erst nach Annahme der Militärreorganisation seitens der Volksvertretung möglich sei. Abgesehen von der Frage, ob bei der Ansicht, welche die Mehrheit der Landesvertretung über die Nothwendigkeit und über die Zweckmäßigkeit dieser Reorganisation hegt, eine Verständigung auf dieser Grundlage zu erwarten ist, muß berücksichtigt werden, daß wir unter Manteuffel zehn Jahre lang das Lied gehört haben: „Gebt nur noch in diesem einen Punkte nach, dann wird alles gut werden", und immer wieder und wieder fand sich ein Punkt, auf dessen Bewilligung man prinzipiell bestehen zu müssen glaubte. Wohin das führt, das hat das Volk gesehen, und der Freudenschrei, welcher 1858 durch das Land ging, als ein Systemwechsel eintrat, hat den Beweis geliefert, wie wenig zufrieden das Volk mit den Grundsätzen war, welche durch dieses „Nachgeben in diesem einen Punkte" ihren Ausdruck gefunden hatten.

Was die Militärreorganisation anbelangt, so zeigt das Staatshaushaltsgesetz für 1865, welches die Regierung vorgelegt hat, daß die bis jetzt stattgefundene faktische Abkürzung der Dienstzeit, welche durch die spätere Einstellung der Rekruten und die frühere Entlassung der Reserven bewirkt wurde, von jetzt an auch aufgegeben worden ist, so daß die Mannschaften von diesem Jahre an volle drei Jahre bei den Fahnen bleiben sollen. Wir können nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich hierbei nicht nur um die Mehrausgabe an Sold und dergl. handelt, welche durch die dreijährige Dienstzeit verursacht wird, sondern daß, im Vergleich zu der zweijährigen Dienstzeit, dem Lande dadurch jährlich die Arbeitskraft von etwa 60—70,000 Personen im kräftigsten Alter entzogen wird. Veranschlagt man dieselbe nur zu täglich 10 Sgr., so macht dies jährlich die Summe von 7—8 Millionen Thaler, welche eines Theils an Arbeitskraft verloren geht, und um welche andererseits die Steuerkraft des Landes geschwächt wird. Man darf diesen Betrag bei der Berechnung der Mehrkosten der Reorganisation nicht vergessen.

Die Wahlangelegenheit im vierten Königsberger Wahlbezirk hätte fast einen neuen Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung herbeigeführt. Die Kammer hatte bei der Prüfung der Wahl, welche dort stattgefunden, nicht nur die Wahl des Herren von Tettau für ungültig erklärt, sondern hatte auch aus den Wahlakten die Ueberzeugung geschöpft, daß Herr von Saucken-Julienfelde bei dem ersten Wahlgang die absolute Majorität der Stimmen erhalten hatte, und denselben deshalb als rechtmäßig gewählten Abgeordneten anerkannt. Die Regierung hatte in einem Schreiben an den Präsidenten der Kammer auseinandergesetzt, daß die Kammer zu dem letzteren Beschlusse kein Recht habe, und deshalb in dem betreffenden Wahlbezirk eine Neuwahl ausgeschrieben. Da Herr von Saucken-Julienfelde die Wahl nicht angenommen hat, so führte diese Angelegenheit zu weiter keinen Folgen, es liegt aber auf der Hand, daß die Kammer, da sie die Legitimation ihrer Mitglieder zu prüfen hat, auch in zweifelhaften Fällen das Recht besitzen muß, zu entscheiden, wer von den in Frage stehenden Kandidaten die Mehrheit der Stimmen erhalten hat.

In Breslau ist der frühere Oberbürgermeister von Brandenburg, Ziegler, welcher im Jahre 1848 Mitglied der preußischen Nationalversammlung war, mit sehr großer Majorität zum Abgeordneten gewählt worden. Der Abgeordnete des vieten Berliner Wahlbezirks, Temme, hat jetzt endlich offiziell durch Anzeige an den Präsidenten der Kammer sein Mandat niedergelegt; man erwartet, daß demnächst die Neuwahl ausgeschrieben wird. Da Ziegler jetzt in Breslau gewählt ist, so dürfte die Wahl auf den als gediegenen staatsrechtlichen Schriftsteller bekannten Assessor Lasker fallen.

Die Mehrheit der Volksvertretung beschäftigt sich bei der günstigen Finanzlage, welche das Staatshaushaltsgesetz zeigt, emsig mit der Frage, ob und welche Steuererleichterungen stattfinden können. Außer dem Antrag auf Aufhebung des Salzmonopols werden wahrscheinlich noch andere Anträge auf Herabsetzung resp. Aufhebung einzelner Steuern eingebracht werden.

Von den Stadtverordneten Berlins ist eine Petition an die Kammer auf Abänderung des Artikels 33 der Gemeindeordnung, welcher der Regierung durch das Bestätigungsrecht der Gemeindebeamten einen sehr großen Einfluß auf die inneren Angelegenheiten der Gemeinden einräumt, beschlossen worden. Es steht zu erwarten, daß noch andere Städte sich in gleichem Sinne an die Landesvertretung wenden werden.

Von politischen Fragen, welche nicht direkt mit den Verhandlungen der Volksvertretung zusammenhängen, ist es besonders die Frage über die Dauer des Bündnisses mit Oesterreich, welche Beachtung verdient. Obgleich die von der Regierung beeinflußten Schriftsteller sich alle Mühe geben, die Dauer desselben als gesichert hinzustellen, so mehren sich dennoch die Anzeichen, daß ein Bruch nicht mehr allzufern sein dürfte, wenn nicht entweder in Berlin oder Wien ein vollständige Aenderung der Anschauungen eintritt. In Wien will man eine Machterweiterung Preußens, möge dieselbe nun durch Gebietsvergrößerung, oder durch Verträge, die der preußischen Regierung die Verfügung über die Streitkräfte anderer deutschen Länder gestatten, geschehen, gern verhindern, da man sich dort von dem Gedanken nicht trennen kann, daß das Haus Habsburg noch immer das Oberhaupt der deutschen Staaten sei. Andererseits möchte man dort aber auch gerne einen offenen Bruch mit Preußen vermeiden, da man für den Fall einer Bedrohung der außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs sehr stark auf die Unterstützung Preußens rechnet. Aus diesem Grunde wird sich wohl das Bündniß scheinbar noch eine Zeit lang äußerlich erhalten, wenn auch dasselbe so locker ist, daß es bei der ersten ernstlichen Frage gänzlich zu zerfallen droht.

In den Klagen der Abgeordneten gegen den Fiskus wegen den Stellvertretungskosten sind in der abgelaufenen Woche wieder mehrere Entscheidungen getroffen worden. Dieselben haben augenblicklich deshalb an Bedeutung verloren, weil schon zwei Fälle dem Obertribunal vorliegen, dessen Entscheidung wohl für alle ferneren Fälle maßgebend sein wird. Interessant ist, daß der eine der beiden Fälle, welcher die Klage des Abgeordneten Rücker betrifft, vor dem rheinischen Senat des Obertribunals zur Verhandlung gelangt. Sollte das Urtheil dieses Senats mit dem Urtheil des Senats für die alten Provinzen nicht übeinstimmen, so gelangt die Sache zur Entscheidung vor dem Plenum des Obertribunals. Hervorzuheben ist, daß sowohl das Kammergericht zu Berlin als auch das Appellationsgericht zu Breslau, also die beiden größten Gerichte zweiter Instanz der Monarchie, gegen den Fiskus erkannt haben.

In Ohlau ist die Wahl des Kaufmann H. Marx zum Rathmann nicht bestätigt worden; ein gleiches Schicksal hat die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers Zenthöfer in Gumbinnen zum Mitglied der städtischen Schuldeputation gehabt. In Anklam ist dreimal die von den Stadtverordneten vollzogene Wahl eines unbesoldeten Stadtrathes nicht bestätigt worden; die letzte Wahl war auf den Rentier Stygmann gefallen. Dem Kreisdeputirten der Stadt Mohrungen, dem Rechtsanwalt Heinrich ist von dem ostpreußischen Tribunal die Erlaubniß zur Beibehaltung dieses Amtes aus dem Grund versagt worden, weil er sich wegen oppositioneller Wahlagitation in Untersuchung befindet.

Der Staatsanwalt hat die Appellation, welche er gegen das Erkenntniß in der Disziplinaruntersuchung gegen den Abgeordneten Kämmerer Hagen eingelegt hatte, zurückgezogen; derselbe wird also mit Nächstem wieder in sein Amt eintreten.

Mecklenburg. Großes Aufsehen macht der Umstand, daß die Kosten, welche der Empfang des großherzoglichen Paares in Wismar verursacht hat, durch die Sparkasse, in welcher die armen Leute des Landes ihre Nothpfennige niedergelegt haben, gedeckt werden soll.

Thüringische Herzogthümer. In Gotha ist der Buchdrucker Stollberg, Verleger des früher erschienenen Wochenblattes „der Fortschritt", welches von dem bekannten liberalen Schriftsteller Walesrode herausgegeben wurde, wegen Beleidigung des Königs von Preußen zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Kurhessen. In dem Städtchen Bockenheim, welches dicht bei Frankfurt a. M. liegt, ist von der Gemeindebehörde der Abgeordnete Jungermann zum Bürgermeister gewählt worden. Die Regierung zu Kassel hat jedoch diese Wahl nicht bestätigt.

Baden. Die ultramontane Partei setzt ihre Agitation gegen die Regierung ununterbrochen fort, und glaubt jetzt in dem neuesten päpstlichen Rundschreiben, welches aller menschlichen Vernunft Hohn spricht, ein neues Mittel für ihre Bestrebungen gefunden zu haben. Die Regierung läßt sich jedoch in ihrer festen Haltung gegen alle Versuche, sie auf der Bahn des Fortschritts aufzuhalten, nicht beirren, und findet darin in dem gesunden Sinn des Volkes eine vortreffliche Stütze. — Man spricht davon, daß mit nächstem ein neues Preßgesetz zur Berathung kommen soll, um die milde Praxis, welche seit dem Antritt des jetzigen Ministeriums Platz gegriffen hat, gesetzlich ein für allemal festzustellen.

Württemberg. Durch das jetzt endgiltig berathene Schulgesetz ist sowohl für die geistige Ausbildung der Jugend als auch für das materielle Wohl der Lehrer bestens gesorgt.

Bayern. Man spricht davon, daß Herr v. d. Pfordten, um sich auf seinem neu erlangten Ministerposten zu halten, die Freundschaft der ultramontanen Partei nachgesucht hat. Als erstes Zeichen dieses Bündnisses betrachtet man ein Verbot an die Beamten, Aerzte u. s. f., in den Freimaurerorden einzutreten. Dieser Orden ist, wie wir bemerken, nichts weiter, als eine Vereinigung zu wohlthätigen Zwecken, welcher umso segensreicher wirkt, als sie alle ihre Wohlthaten und Unterstützungen unter dem Schleier des tiefsten Geheimnisses spendet.

Oesterreich. Der Reichsrath hat das Budget der Regierung zurückgegeben, um in demselben Aenderungen vorzunehmen, durch welche das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt werden soll. Die kaiserliche Regierung hat sich bereit erklärt, auf diese Forderungen einzugehen, und unterliegt das Budget in Folge dessen einer Umarbeitung, durch welche die Berathung desselben verzögert wird. Während so in dieser Frage eine erfreuliche Uebeinstimmung zwischen Volksvertreterthum und Regierung herrscht, droht eine andere Angelegenheit eine Spaltung hervorzurufen. Der Reichsrath verlangt nämlich, die Regierung solle die Operationen, durch welche sie augenblicklichem Geldmangel durch Verpfändung von Staatspapieren abgeholfen hat, der Volksvertretung vorlegen, ein Verlangen, welches das Ministerium für ungerechtfertigt erklärt. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch dieser Streitpunkt auf friedlichem Wege beigelegt werden wird, um so mehr, als die Regierung die Uebereinstimmung mit der Kammer wegen der zerrütteten Finanzverhältnisse des Staates dringend bedarf.

Frankreich. Das Land hat einen seiner besten Bürger, den Obersten Charras verloren. Er war ein treuer Anhänger der republikanischen Partei und starb in der Verbannung.

Sprechsaal.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Geehrter Herr Redakteur!

Sie haben in Ihrem letzten Leitartikel die Thronrede besprochen. Sie sagen von der neuen Reorganisation der Armee, daß sie auf der einen Seite für unumgänglich nothwendig zum Schutze des Vaterlandes gehalten wird. Ich weiß nicht genau, was denn alles nach Ihrer Meinung auf der einen Seite steht. Alle Sachverständigen sind es doch wirklich nicht. Ja, obgleich ich nur ein schlichter Landmann bin, so möchte ich doch behaupten, daß ein wirklich Sachverständiger eine solche Ansicht gar nicht haben wird. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Ich gebrauche ein Paar neue Wirthschaftsgebäude und bitte einen Baumeister, daß er mir einen Plan dazu machen soll. Der Mann thut mir den Gefallen. Sein Plan ist ganz vortrefflich. Wenn er ausgeführt, habe ich Platz die Hülle und die Fülle, und mein Bauernhof wird so stattlich aussehen, wie ein Herrenhof. Aber es ist eben nur ein Bauernhof, und ich würde ein armer Mann werden, wenn ich nach einem solchen Plane wirklich bauen wollte. Mein Baumeister jedoch will davon nichts hören. Er bleibt dabei, daß es gar keinen besseren Plan in der Welt giebt, als den seinigen, und daß er auch nach keinem anderen bauen werde. Er sagt, daß er als Sachverständiger das doch besser wissen müsse, als ich. Ich aber sage, der Herr ist kein Sachverständiger, so gut er auch die Regeln der Baukunst verstehen mag. Denn ein sachverständiger Baumeister muß auch die Bedürfnisse und die Mittel der Bauherren zu berechnen und zu berücksichtigen verstehen.

Doch sehe ich wohl, daß mein Beispiel nicht ganz paßt. Denn wenn ich denke, was andere Generale und Offiziere, die einen laut vor aller Welt, die anderen wenigstens unter vier Augen Einem sagen, so scheint es mir fast, daß der Plan zur Heeresorganisation nicht so unbestreitbar nach den Regeln der Kriegskunst eingerichtet ist, wie der Plan zu meinen Wirthschaftsgebäuden es nach den Regeln der Baukunst war. Doch davon mögen Andere reden, die das besser auseinander setzen können. Ich bleibe nur dabei stehen, daß ich zu meinen Scheunen und Ställen nicht mehr Geld ausgebe, als meine Wirthschaft vertragen kann, und unser Land soll für seine Friedensarmee auch nicht mehr Geld und Menschen hergeben, als sich mit seinen Mitteln und Kräften verträgt. Wir werden die ersparten Gelder gar sehr gebrauchen, wenn einmal ein wirklicher und großer Krieg kommen sollte.

Doch möchte ich noch ein Wörtchen über die Thronrede sagen. Da steht zu lesen, daß in Folge der jetzigen Reorganisation der Krieg hat geführt werden können, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen. Nun, ich denke, das wäre mit einer Organisation nach dem alten Gesetze auch wohl möglich gewesen. Noch viel gewisser aber ist es mir, daß die dreijährige Dienstzeit nicht nöthig ist, um die Landwehr zu schonen. Es wäre auch nicht ein einziger Landwehrmann mehr eingezogen worden, wenn die Leute im dritten Dienstjahr nicht unter der Fahne gestanden, sondern auch erst hätten einberufen werden müssen. Das erscheint mir unzweifelhaft und leicht begreiflich, und darum glaube ich auch gar nicht, daß die Thronrede mit dieser Behauptung hat beweisen wollen, daß wir unsere Söhne auch mitten im Frieden noch ein drittes Jahr aus unserer Wirthschaft entbehren müssen, nachdem sie zwei volle Jahre lang über und über Alles gelernt haben, was ein guter Soldat gebraucht.

— Dem geehrten Schreiber obiger Zeilen wollen wir, um Irrthümer zu vermeiden, nur bemerken, daß wir bei den Worten: „Wenn auf der einen Seite die neue Reorganisation der Armee für unumgänglich nothwendig zum Schutz des Vaterlandes gehalten wird", natürlich nur die politische Partei im Auge hatten, welche die Durchführung der Reorganisation als erste Bedingung zur Lösung des schweren Konfliktes ansieht. Die Redaktion.

Briefkasten.

Herren E. F. und Fr. H. in D. Es ist eine kleine Gesetzsammlung von Saucken, im Preise von 2⅔ Thlr., und eine vollständige von Stöpel, im Preise von 6—7 Thlr., erschienen; ob in denselben jedoch alle, die ländlichen Gemeindeverhältnisse betreffenden Verordnungen enthalten sind, ist uns nicht bekannt; ein Buch, welches diese letzteren vollständig und geordnet enthält, kennen wir bis jetzt nicht; sobald wir aber von einem solchen hören, werden wir Sie benachrichtigen. — Herrn Dr. G. in G. Unser Blatt wird von hier aus, aus den von Ihnen hervorgehobenen Gründen, regelmäßig am Donnerstag mit der Post versandt; sollte es bei Ihnen verspätet eintreffen, so bitten wir Sie, sich an das betreffende Postamt zu wenden. — An einen Abonnenten in E. Ihre Idee ist nicht ausführbar, da eine Versendung von derartigen Beilagen nach den bei der Post geltenden Bestimmungen nicht zulässig ist.

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Berlin.